



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Ottmar von Holtz
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Michael Roth MdB

Staatsminister für Europa

POSTANSCHRIFT
11013 Berlin

HAUSANSCHRIFT
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18-17-2451
FAX +49 (0)30 18-17-3289

www.auswaertiges-amt.de

Buero.Roth@dipl.de

Berlin, den 10. Februar 2021.

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ottmar von Holtz

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre für die Fragestunde am 10.
Februar 2021 gestellte Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Roth

Wahrnehmung durch Staatsminister Roth

Frage Nr. 90

MdB Ottmar von Holtz

Bündnis 90/Die Grünen

Frage:

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die von Sicherheitskräften verübten Tötungen von mindestens zehn Demonstrierenden in der angolanischen Minenortschaft Cafunfo bezüglich der Frage, ob diese tatsächlich auf Autonomiebestrebungen oder eher auf Proteste gegen die Lebensbedingungen zurückzuführen sind, und inwiefern hat die Bundesregierung gegenüber der angolanischen Regierung eine transparente und unabhängige Aufarbeitung der Gräueltaten verlangt (siehe <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/02/angola-shooting-spree-by-security-forces-kills-at-least-10-protesters/>)?

Antwort:

Die Bundesregierung ist bestürzt über die gewaltsamen Vorfälle in der Provinz Lunda-Norte. Über die Berichte von Medien und Amnesty International sowie offizielle Verlautbarungen angolanischer Regierungsstellen hinausgehende Erkenntnisse liegen der Bundesregierung nicht vor.

Dies gilt auch im Hinblick auf die den Protesten zugrundeliegende Motivation.

Die Bundesregierung begrüßt ausdrücklich, dass der angolanische Minister für Justiz und Menschenrechte, Francisco Manuel Monteiro de Queiroz, inzwischen eine Untersuchung der Vorfälle angekündigt hat.

Die deutsche Botschaft Luanda und die Delegation der Europäischen Union vor Ort haben am 1. Februar 2021 mit der für Menschenrechtsfragen zuständigen Staatssekretärin im Justizministerium gesprochen und im Rahmen des Menschenrechtsdialogs zwischen der Europäischen Union und Angola um ein Treffen mit dem Justizminister gebeten. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich zudem in dieser Angelegenheit in einem gemeinsamen Brief an den angolanischen Justizminister gewandt.